

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 21.04.2026
Beginn: 16:15 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Frau Andrea Kühl

Frau Simone Zaepernick-Risch

Mitglieder

Herr Max Haack

Herr Mathias Leddin

Frau Saskia Wedler

Vertreter

Frau Katja Danter

Herr Stefan Schäfer

Herr Volker Zeitz

Vertretung für Frau Anna Graf

Vertretung für Herrn Frank Rybka

Vertretung für Frau Kathrin Ruhnke

von der Verwaltung

Herr Jörn Tuttlies

Herr Timo Viecens

Gäste

Frau Rahn

Frau Pätzold-Glas

Herr Krüger

Herr Dittmer

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 13.01.2026
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen - keine
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Hochschule Stralsund - Aktueller Überblick
 - 4.2** Information/Sachstand zur Ernst-von-Haselberg-Schule
 - 4.3** Information über den aktuellen Stand der Einschulungen 2026
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 13.01.2026

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 13.01.2026 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen - keine

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Hochschule Stralsund - Aktueller Überblick

Der Ausschussvorsitzende beantragt Rederecht für Frau Rahn und Frau Pätzold-Glaß von der Hochschule Stralsund. Das Rederecht wird einstimmig erteilt.

Frau Rahn und Frau Pätzold-Glaß informieren über den aktuellen Stand der Hochschule Stralsund. Die vorgestellte Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

In ihrer Vorstellung gehen sie unter anderem auf die Themen Campustag, Zukunftspreis, das Projekt Bildungsregion und den neuen Studiengang „Advanced Systems Engineering“ ein, welcher in Deutschland einmalig ist.

Frau Pätzold-Glaß merkt an, dass die aktuelle Hochschulentwicklung nicht optimal ist, da die Anzahl von Studierenden rückläufig ist. Die Hochschule befindet sich aktuell im Transformationsprozess, um sich auf die Zukunft einzustellen. Dies sei kein örtliches Problem, sondern deutschlandweit zu erkennen.

Ein Hauptanliegen ist, dass die Hochschule Stralsund bekannter und in der Hansestadt Stralsund mehr eingebunden werden möchte.

Die Hochschule Stralsund würde ein kostenfreies Busticket für die Studierenden begrüßen. Dies wäre ein Standortvorteil gegenüber anderen Hochschulen. Ferner würden die Studierenden öfters weitere Stadtteile besuchen und somit für eine Belebung sorgen.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann teilt Frau Pätzold-Glaß mit, dass z.B. hinsichtlich des Zukunftspreises sich die Hochschule mehr Aufmerksamkeit wünscht. Sie würde es begrüßen, wenn derartige Veranstaltung mehr durch die politischen Gremien/Fraktionen gestreut werden. Auch im Hinblick auf das Projekt Bildungsregion wünscht sich die Hochschule eine starke Positionierung der Hansestadt Stralsund.

Herr Hofmann merkt zum Thema Busticket an, dass die Zuständigkeit beim Landkreis V-R liegt. Er verweist auf die aktuelle Haushaltslage der Hansestadt Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Zeitz zum Sachstand des Planetariums teilt Frau Pätzold-Glaß mit, dass das Planetarium wieder geöffnet ist und bereits erste Besichtigungen von Schulklassen durchgeführt wurden.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich nach der Zusammenarbeit der HOST mit den ansässigen Schulen. Frau Pätzold-Glaß informiert über Projekte der HOST zur besseren Einbindung der Schulen, zum Beispiel das Formel1 Racing Team, Campusführungen, Tag der offenen Tür und Tage für Frauen und Mädchen in der Wissenschaft.

Alle Projekte, gestaffelt nach Klassenstufen, sind auf der Internetseite der Hochschule zu finden unter:

<https://www.hochschule-stralsund.de/host/im-portrait/hochschule-trifft-schule/>

Herr Leddin wünscht sich eine frühzeitige Einbeziehung der Schulen, sodass die Projekte auch im Lehrplan berücksichtigt werden können.

Frau Pätzold-Glaß teilt mit, dass sich bei Ideen für das Projekt Bildungsregion als auch bei allgemeinen Projekten gerne an sie gewandt werden kann.

Zudem bittet sie um breite Streuung und Bekanntmachung der Projekte durch die Ausschussmitglieder und deren Fraktionen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Information/Sachstand zur Ernst-von-Haselberg-Schule

Herr Tuttlies informiert über den Sachstand zur Ernst-von-Haselberg-Schule.

Der Oberbürgermeister wurde im März durch die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt, bei dem Bildungsministerium bezüglich des zukünftigen Status der Ernst-von-Haselberg-Schule, für den Schulteil erziehungsschwierige Kinder, nachhaltige Lösungen zu eruieren. Die Bürgerschaft hat sich ausdrücklich zum Erhalt wohnortnaher, inklusiver und bewährter Bildungsangebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf im Stadtgebiet bekannt.

Der Oberbürgermeister setzte sich daraufhin mit dem Land M-V in Verbindung. Es wurden Diskussionsrunden per Videokonferenz zwischen den Schulräten, dem Oberbürgermeister, dem staatlichen Schulamt und dem Staatssekretär geführt.

Aus den Gesprächen geht das Schreiben vom 18. März 2026 des Staatssekretärs zur Umsetzung hervor. Dies ist dem Protokoll beigefügt.

Ab dem Schuljahr 2026/27 wird die Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit einem besonders stark ausgeprägten sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in den Jahrgangsstufen 2 bis 9 in einer eigenständigen Klasse an einer Grundschule und in einer eigenständigen Klasse in einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule gesichert.

Am Schulstandort Mühlgrabenstraße in Stralsund werden aufbauend die Lerngruppen „kleine Schulwerkstatt“ an Grundschulen und „große Schulwerkstatt“ an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen eingerichtet.

Die Schülerinnen und Schüler verbleiben in ihren bisherigen Gruppen, solange die Schulwerkstätten aufgebaut werden. Die Kinder sind der Gerhart-Hauptmann-Schule und dem Schulzentrum am Sund zugeordnet. Weitere intensive Gespräche finden derzeit noch statt.

Der Schulteil für Erziehungsschwierige wird zum 31.07.2026 aufgehoben.

Herr Tuttlies teilt ferner mit, dass den Schulleitungen und Sonderpädagogen sowie dem pädagogischen Personal eine intensive prozessbegleitende Zusammenarbeit vom staatlichen Schulamt zugesichert wurde.

Frau Zaepernick-Risch fragt, ob die geplante Umbenennung der Schule dadurch noch erforderlich ist.

Herr Tuttlies erklärt, dass der Schulteil für erziehungsschwierige Kinder zum 31.07.2026 aufgehoben wird und es dadurch keine Förderschule mehr für emotional und sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler gibt. Der Schulteil für Kranke hingegen und somit auch die Schule Ernst-von-Haselberg bleibt bestehen. Eine Umbenennung ist nicht mehr erforderlich.

Frau Danter erkundigt sich nach dem konzeptionellen Teil aufgrund der räumlichen Trennung und fragt, wie eine enge Kooperation umgesetzt wird.

Herr Tuttlies informiert, dass die Angelegenheit das Bildungsministerium M-V und das Schulamt betrifft. Die Hansestadt Stralsund ist örtlich zuständig für die Ausstattung und Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten. Er wiederholt, dass für alle andere Anliegen das Schulamt in Greifswald zuständig ist.

Frau Kühl teilt ihre Zustimmung für das entwickelte Lösungskonzept mit.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Information über den aktuellen Stand der Einschulungen 2026

Herr Tuttlies informiert über den aktuellen Stand der Einschulungen für das Jahr 2026. Die Tabelle zu den Einschulungszahlen ist dem Protokoll angehängt.

Herr Tuttlies stellt die Einschulungszahlen der ersten Klassen vor und erläutert in diesem Zusammenhang das Verfahren.

Eine starke Nachfrage bei den Grundschulen Hermann Burmeister, Gagarin und Montessori besteht weiter fort. In der Grundschule in Andershof wird es jedoch nur eine 1. Schulklasse geben. Es gibt derzeit 28 Anmeldungen. Da die maximale Kapazität 25 Plätze sind, ist es zu erwarten, dass für drei Kinder eine wohnortnahe Unterbringung in anderen Schulen bevorsteht. Das Schulamt hat entschieden, diese Kapazität zu nutzen und einen einzügigen Jahrgang an der Andershofer Grundschule zu forcieren.

Bei der Planung der Kapazität sind Plätze zu berücksichtigen, die für Verweiler (Kinder, die das Schuljahr wiederholen) vorgehalten werden. Zudem können die Schultauglichkeitsprüfung sowie die sogenannte Diagnostik zu Rückstellungen führen, aber auch zur Erkennung eines Förderbedarfs beitragen. Die Prüfungen können eine Änderung

der Einschulungszahlen und dadurch der Planung für z. B. die Anzahl der Umlenkungen nach sich ziehen. Er informiert, dass diese Prüfungen aktuell noch nicht abgeschlossen sind.

Laut der Übersicht werden derzeit insgesamt 404 Schüler in den ersten Klassen erwartet, zzgl. 21 Verweilern. Insgesamt gibt es 504 Schulplätze in den ersten Klassen. Herr Tuttlies weist auf den Rückgang der Einschulungszahlen hin. In den Vorjahren waren es im Durchschnitt circa 500.

Herr Tuttlies stellt folgend die Zahlen der fünften Klassen vor. Der Tabelle ist die Gesamtanzahl der Anmeldungen von 403, zzgl. 26 Verweiler für die fünften Klassen zu entnehmen. Die Schulen Diesterweg, IGS und Schulzentrum am Sund haben mehr Anmeldungen als freie Kapazitäten, sodass Umlenkungen nötig werden (insgesamt 101). Insgesamt gibt es 490 Schulplätze in den 5. Klassen.

Aufgrund der Umlenkungen ist entsprechend eine Vielzahl an Widersprüchen zu erwarten. Eine endgültige Zuweisung der Kinder ist voraussichtlich erst im Juni 2026 zu erwarten.

Herr Tuttlies stellt die Zahlen der siebten Klassen vor.

Der Tabelle sind dazu die gesamte Kapazität der Schulen von 336 Plätzen sowie die Anzahl der Anmeldungen für das Hansa Gymnasium die IGS und das Schulzentrum am Sund zu entnehmen. Diese liegen derzeit bei 312 Anmeldungen, zzgl. 4 Verweilern.

Herr Tuttlies merkt an, dass aufgrund der noch freien Plätze an den Schulen eine Entscheidung des Schulamtes zur Besetzung ausstehe. Das Schulamt entscheidet, ob die freien Plätze an auswärtige Schüler vergeben werden können.

Die Verwaltung kündigt an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über den aktuellen Bearbeitungsstand und die weiteren Entwicklungen der Einschulungszahlen zu informieren.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Zaepernick-Risch erkundigt sich nach dem Fortschritt der Bauarbeiten am Schulhof des Schulzentrums am Sund. Herr Tuttlies teilt mit, dass die Arbeiten spätestens zum Schuljahresbeginn, voraussichtlich im Juli, abgeschlossen sein werden.

Herr Tuttlies informiert ferner über den aktuellen Stand zur Vergabe und Lieferung von Schulmöbeln. Die Ausschreibung erfolgte in drei Losen. Das wirtschaftlichste Angebot hat den Zuschlag erhalten. Der Wunschliefertermin der Verwaltung ist der Zeitraum der Pfingstferien, infolgedessen der Schulbetrieb nicht gestört wird. Allerdings steht eine endgültige Antwort der Lieferanten noch aus.

Zur Nachfrage von Herrn Hofmann teilt Herr Tuttlies mit, dass keine Lagermöglichkeiten in der Stadt vorhanden sind, weshalb Möbel nicht zwischengelagert werden können, um diese ins Ausland zu verschenken. Die Möbel werden daher nach der Neuausstattung der Räume über Pfingsten entsorgt. Herr Tuttlies weist darauf hin, dass Vereine oder andere Interessenten sich gerne über schulverwaltung@stralsund.de melden können, wenn Interesse oder Bedarf an Tischen, Stühlen oder allg. Grundschulmöbeln besteht.

Herr Tuttlies berichtet zum Thema Schulbücher, dass die Organisation dieses Jahr besser verläuft. Er erklärt dazu, dass die Schulen von der Verwaltung kurz nach den Winterferien aufgefordert wurden, eine Zusammenstellung der Bedarfe für das Schuljahr 2026/27 zu melden. Die Meldefrist lief ursprünglich bis zum 15. März. Aufgrund des Sicherheits-IT-Problems an den Schulen wurde diese Frist bis Anfang Mai verlängert.

Zurzeit sind durch die Landesregierung Erleichterungen bei der Beschaffung von Schulbüchern und Arbeitsheften über eine Verordnung in Aussicht gestellt worden.

Diese Verordnung würde den Prozess der Vergabe von Aufträgen für Schulbedarf deutlich vereinfachen und Zeit sparen, da keine Ausschreibungen mehr erforderlich wären und damit Direktvergaben möglich sind. Eine Ausschreibung für Schulbedarf ist zeitintensiv, da Lernmaterial in der Regel bei jedem Anbieter gleich viel kostet.

Vorschlag der Verwaltung ist, eine Liste mit allen Buchhändlern in der Nähe zu erstellen und eine interne Reihenfolge festlegen. Diese Reihenfolge soll sicherstellen, dass der Auftrag jedes Jahr an einen anderen Buchhändler vergeben wird.

Herr Tuttlies versichert, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine fristgerechte Lieferung der Schulmaterialien zum Beginn des kommenden Schuljahres sichergestellt ist.

Des Weiteren berichtet Herr Tuttlies über die Entwicklung der Hortplatz-Problematik.

Er teilt mit, dass es zu einem Austausch mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Problematik der Hortplätze in Stralsund kam. Er erinnert an die vergangene Bürgerschaft, in der das Thema ausführlich erklärt wurde. Weiter führt er aus, dass auf Initiative von Herrn Viecens am 26.03. Gespräche mit Mitarbeitern des Jugendamtes des Landkreises zu den genannten Problemen stattfanden. Hauptthemen waren die Kennzahlen, Entwicklungsszenarien und Lösungsansätze für die Bereiche Kinderkrippe, Kindergarten und Hort.

Besonderes Interesse bestand an der Entwicklung der Schülerzahlen und den vorhandenen Hortplätzen. Es wurde explizit auf die Situation in Grünhufe hingewiesen.

Weitere Gespräche sind vereinbart, da gegenwärtig noch keine Lösung gefunden wurde.

Das nächste Thema, über welches Herr Tuttlies informiert, sind die Elterngrenzbetragsbescheide für das Schuljahr 2023/24 ff.

Er erläutert die Gründe für die zeitlich späte Forderung. Der zuständige Mitarbeiter für die Erstellung der Bescheide hat die Verwaltung verlassen. Eine Neubesetzung war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Haushaltslage der Hansestadt Stralsund nicht möglich. Zudem gab es keine freien Kapazitäten bei anderen Mitarbeitern, diese Arbeit zu übernehmen. Die Umstrukturierung im Amt 70 verschob die Erhebung weiter nach hinten. Ein neues Problem entstand, als eine weitere Kollegin die Abteilung verließ. Er verdeutlicht, dass die Abteilung erst seit einem halben Jahr restlos wieder arbeitsfähig und besetzt ist.

Ferner teilt er mit, dass vor der Versendung der Bescheide die Adressdaten geprüft und ggf. aktualisiert werden müssen. Es handelt sich pro Schuljahr um ca. 7.500 Schülerinnen und Schüler. Die Adressen müssen über die Datenbank des Einwohnermeldeamtes geprüft und kompatibel gemacht werden. Zudem müssen diese Daten in das Haushaltsprogramm der Hansestadt Stralsund überführt werden. Diese Daten zusammenzuführen, war durch technische Probleme herausfordernd. Es war durch die teils nicht vorhandenen Schnittstellen keine einfache und schnelle Lösung möglich. Ferner konnte keine künstliche Intelligenz aufgrund der personenbezogenen Daten angewendet werden.

Herr Tuttlies verweist auf das Erläuterungsschreiben, welches jedem Bescheid beigelegt wurde. Dies ist dem Protokoll beigelegt. Die Nachzahlungen werden nicht in einem einzigen Betrag, sondern verteilt auf die kommenden zwei Schuljahre eingezogen. Ziel ist eine faire und transparente Abrechnung ohne größere finanzielle Belastung für Familien.

Schuljahr 2023/24 bis zum 31.03.2026

Schuljahr 2024/25 bis zum 31.07.2026

Schuljahr 2025/26 bis zum 30.11.2026

Schuljahr 2026/27 bis April 2027

Bei Nachfragen zu den Bescheiden steht die Abteilung per Telefon oder E-Mail gerne zur Verfügung.

Herr Hofmann erfragt die Bedeutung der Beträge für den Haushalt. Herr Tuttlies erklärt, dass es sich um ca. 175.000 EUR pro Schuljahr handelt. Dies ist ein nicht unwesentlicher Betrag für den städtischen Haushalt.

Herr Tuttlies informiert ferner über das aufgetretene Sicherheitsproblem an den Schulen. Zu Beginn waren lediglich 21 Computer betroffen. Es wurde später festgestellt, dass ca. 100 weitere Computer betroffen sind. Es wurde sich deshalb dafür entschieden, das gesamte Netz außer Betrieb zu setzen. Es kam ferner auch an den Schulen in Barth und im Amt Milzow zu IT-Ausfällen.

Er erklärt die geplanten und die bereits umgesetzten Schritte zum Schul-IT-Systemneuaufbau. Die Übersicht ist dem Protokoll angehängt.

Herr Tuttlies erläutert das Vorgehensmodell des Neuaufbaus in 5 Phasen. Bisher gelang es bereits, verschiedene Schritte umzusetzen. Unter anderem wurden die Hardware ausgetauscht, neue Server installiert und Datensätze gesichert. Er teilt weiter mit, dass alle Schulbüros seit heute wieder arbeitsfähig sind.

Frau Zaepernick-Risch weist darauf hin, dass momentan keine Möglichkeit für Lehrer bestehe, die Noten der Schülerinnen und Schüler abzurufen.

Herr Tuttlies antwortet dazu, dass nach der bevorstehenden Neuprogrammierung der Geräte auch die Lehrkräfte ihre elektronischen Endgeräte wiederbekommen und infolgedessen die Noten wieder abrufbar sind.

Auf die Frage von Herrn Hofmann teilt Herr Tuttlies mit, dass der Digitalpakt 2 kommt, aber die Durchführungsbestimmungen noch nicht geklärt sind. Die Verwaltung habe den Digitalpakt im Blick und sei aktuell infrastrukturell gut aufgestellt.

Herr Schäfer erkundigt sich nach neuen Sicherheitsprotokollen, um die Netzwerke nach dem Sicherheitsvorfall besser zu schützen.

Herr Tuttlies erläutert dazu, dass eine neue leistungsfähige Firewall implementiert wurde, die proaktiv arbeitet und bereits erfolgreich Bedrohungen aufgedeckt hat. Er führt aus, dass die Firewall als umfassendes Schutzschild fungiert, das täglich im Hintergrund agiert und neue Virenbedrohungen erkennt und abwehrt. Durch diese Maßnahme sind die Sicherheitsprotokolle deutlich robuster und bieten effektiveren Schutz für die Netzwerke der Stadt.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Redebedarf.

Da es keine weiteren Themen gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung